

Vortrag

Hannes Androsch

Marshallplan und Europäische Einigung

Europa Club Wien

4. Juni 2007

Beginn: 18.30 Uhr

im Festsaal der Bank Austria Creditanstalt, Renngasse 2, 1010 Wien

Dankbarkeit sei, so heißt es, keine politische Kategorie. Diesbezügliche Erfahrungswerte mögen das auch durchaus belegen. Dankbarkeit mag also nicht üblich sein, aber direkt untersagt ist sie gewiss nicht. Daher steht es uns in Österreich nicht schlecht an, uns dankbar an die Marshall-Planhilfe mit allen implizierten Folgen von Sicherheit und Wohlstand zu erinnern. Es sei also den USA, ihren Bürgerinnen und Bürgern, ihren SteuerzahlerInnen, unsere aufrichtige Dankbarkeit für all das ausgesprochen, was uns das Projekt Marshall-Plan bzw. das European Recovery Program gebracht und ermöglicht haben. Ungeachtet der Motivationen, die dahinter gestanden haben, und ungeachtet der kritikwürdigen Themen, die heute nicht gerade die Gemeinsamkeiten von Europa und den USA fördern.

Die Auswirkungen des Marshall-Plans kann man nicht bestreiten. Durch diese Unterstützung war für die westlichen europäischen Staaten und damit für Österreich die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, nach allen Leiden und Opfern in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, nach allen anfänglichen Mängeln und Entbehrungen, eine nunmehr über 60 Jahre währende Zeit des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit sowie des steigenden Wohlstandes, bei geräumig gewordener Wohlfahrt und hoher Lebensqualität.

Es war und ist das Glück meiner Generation und inzwischen das Glück unserer Kinder und Enkelkinder, unseren Lebensweg unter so außergewöhnlich günstigen Bedingungen beschritten haben zu können, bzw. diesen unter so lebenswerten Umständen weiter gestalten zu können. Unsere Generation hatte niemals unter Hunger oder Angst vor Hunger zu leiden.

Diese erlebten Umstände kontrastieren in höchstem Maße mit dem Lebensumfeld unserer Eltern und Großeltern, welche den frühen Teil des 20. Jahrhunderts mit all seinen Schrecken und Grausamkeiten durchleben mussten. Nicht allein aufgrund dieses so gegensätzlichen Kontrastes nannte der familiär in Österreich verwurzelte Historiker Eric Hobsbawm, der in wenigen Tagen seinen 90. Geburtstag feiern wird, das 20. Jahrhundert ein „Zeitalter der Extreme“. In die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts fielen die beiden Weltkriege, meine Generation genoss den ungleich angenehmeren zweiten Teil des Jahrhunderts – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges.

Der Kalte Krieg war der dominierende und polarisierende Konflikt in dieser zweiten Jahrhunderthälfte, die nach Eric Hobsbawm mit der Implosion des Sowjetimperiums 1989 bzw. 1991 zu Ende ging. Die Ursachen des Kalten Krieges waren vielfältig, waren ideologischer wie ökonomischer Natur, hatten strategische, machtbezogene und interessensspezifische Dimensionen ebenso wie kulturelle Wurzeln – um nur einige Sichtweisen von vielen möglichen und gültigen zu nennen.

Der Kalte Krieg ist jedenfalls ein durchaus komplexes Phänomen, welches wir in diesem Zusammenhang bestenfalls an seinen Rändern und Spitzen streifen können. Angesichts dieser Komplexität ist auch kaum anderes möglich, da bei diesem Thema weder Zeitzeugen noch Zeithistoriker der Weisheit endgültige Erklärungen finden konnten. Immer wieder tauchen seit der Zugänglichkeit der Archive neue Aspekte und neue Erkenntnisse auf und zeigen auch zuweilen, dass der Kalte Krieg zwar manchmal überschätzt wurde, aber in anderen Fällen durchaus viel gefährlicher war, als man noch bis vor kurzem vermutet hatte.

Von allen gelehrten Meinungen zum Kalten Krieg erscheint mir noch jene von Arthur J. Schlesinger Jun. am treffendsten, der meinte: „In retrospect, if it is impossible to see the Cold War as a Case of American aggression and Russian response, it is also hard to see it as a pure Case of Russian aggression on American response.“

Eine Erkenntnis wurde jedenfalls mittlerweile im Rückblick gewonnen, nämlich dass die Sowjetunion trotz allem militärischen Bedrohungs-Potenzial, welches sie darstellte, in vielen Dingen keine den USA gleichgewichtige Supermacht war. Die USA waren gerade im ökonomischen Bereich durch Innovationsstärke und damit letztlich auch hinsichtlich militärischer Technologien stets so hoch überlegen, dass sich hier mit der Sowjetunion keine vergleichbaren Kategorien finden ließen. Die USA selbst waren schließlich überrascht von der so lange überschätzten Wirtschaftskraft des Sowjetimperiums, die in mehreren Belangen mehr Schwäche als Kraft war. Ein inhärentes Handicap bestand stets bezüglich Technologie und Innovation aber auch in der Unfähigkeit, dauerhafte Allianzen herbeizuführen. All dieses Wissen muss man heute in eine relativierende Berechnung der tatsächlichen Stärke der beiden Supermächte einfließen lassen.

Für die Tatsache und die realen Bedrohungen des Kalten Krieges ändern aber auch derlei Darstellungen nichts. Dennoch muss im Rückblick kritisch festgestellt werden, dass die globale Fixierung auf den Kalten Krieg und einer bipolaren Weltordnung eine jahrzehntelange Paralyse bedeutet hat. In dieser Fixierung und Lähmung blieben

andere wichtig gewordene Themen und gefährliche Bedrohungen auf der Strecke, wurden unterschätzt oder schlichtweg übersehen. Die ökonomische Revolution in Ost-Asien, der Aufstieg des politischen Islam aber auch die vielfältigen Auswirkungen technologischer Umbrüche haben sich in dieser Zeit ereignet und werden dennoch erst heute – mit naiver Überraschung – wahrgenommen.

Gedenkanlässe für Europäische Einigung

Gerade das Jahr 2007 bot bereits Anlass dafür, in Berlin dem Goldenen Jubiläum der Römischen Verträge zu gedenken.

Morgen ist es auf den Tag genau 60 Jahre her, dass der US-Außenminister General George C. Marshall in seiner berühmt gewordenen Rede vor der Abschlussklasse der Harvard-Universität die Initialzündung für das European Recovery Program auslöste.

Die Marshall-Planhilfe erwies sich als ein wichtiger Impuls, um die Nachkriegswirtschaft wieder anzukurbeln und damit auf lange Sicht Wohlstand zu schaffen. Europa hatte sicherlich den Motor, aber es fehlte vorerst an Sprit. Und diesen ersten Sprit, um den Motor wieder in Gang zu halten, haben uns in schweren Zeiten die Vereinigten Staaten geliefert.

Zusammen mit dem Bestreben deutsch-französischer Aussöhnung nach drei verheerenden Kriegsgängen in weniger als hundert Jahren war der Marshall-Plan nicht nur darauf ausgerichtet, zum Zweck der Immunisierung gegen den Kommunismus die westeuropäischen Länder wieder auf die Beine zu bringen, sondern bildete darüber hinaus einen ebenso bedeutsamen wie zukunftssträchtigen Anstoß für die europäische Integration. Damit sollte auch ein Weg gefunden werden, neuerliche Dominanzversuche Deutschlands zu vermeiden.

Die Europäische Union ist nach 50 Jahren zweifelsfrei als Erfolg zu werten, sie ist enorm erfolgreich in ökonomischer Hinsicht und ist ein durchschlagender Erfolg als Friedensprojekt. An dieser Beurteilung ändern auch bestehende Unvollständigkeiten und aktuell auftretende Unzulänglichkeiten nichts. Das Friedensmodell der Europäischen Union ruht auf den Grundfesten, die in transatlantischer Gemeinschaft die USA und Europa gemeinsam schufen.

Ich will ein kenntnisreiches Publikum nicht mit historischen Fakten rund um den Marshallplan langweilen, denn Details sind nachzulesen. Erlauben Sie mir aber dennoch, auf einige Daten hinzuweisen, die von größerer Tragweite sind oder bestimmte Aspekte illustrieren.

Zuerst einige Impressionen, in welcher Lage sich Europa befand, bzw. in welcher Lage die Welt und damit die USA Europa nach Kriegsende vorfanden.

Nachkriegszeit: Weltlage und Europa

Die Opfer und Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges waren enorm und überdies höchst ungleich verteilt. Der weltweite Blutzoll allein betrug fast 55 Millionen Menschenleben.

Davon entfielen auf die Sowjetunion allein 20,9 Mio.,

Polen 5,9 Mio.,

Deutschland 5,5 Mio.,

Frankreich 357.000 und

Großbritannien 390.000.

In Österreich forderten die Kriegsjahre 330.000 Opfer, die USA hatte 220.000 zu beklagen.

Nach allen Opfern, Leiden, Zerstörungen und Devastierungen lag Europa in Trümmern, und die Wirtschaft der europäischen Länder war zerrüttet. So erreichte etwa die deutsche Industrieproduktion nach 1945 gerade einmal 36% jener des Jahres 1936. (*europaweit: 1947 erreichte Prozentsätze der Vorkriegs-Wirtschaft: Landwirtschaft 83 %, Industrie 88 %, Exporte 59 %*)

Die großen Städte lagen nach dem Bombardements in Schutt und Asche, und Transportschwierigkeiten erschwerten die Verteilung des Wenigen. Die kontinentale Infrastruktur war sowohl im Agrar- als auch im Industriebereich schwer beschädigt. Und obwohl kleinere Städte nicht so schwer von Bombenschäden betroffen waren, waren sie durch die Zerstörung von Bahnlinien, von Straßen und Brücken oft isoliert.

Dazu kam 1946 eine wegen Hitze und Dürre äußerst schlechte Ernte und ein extrem kalter Winter 1946/47. Es herrschte Mangel an Nahrungsmittel, es fehlte an Kohle; Rationierungen bestimmten den Lebensalltag, und Plünderungen, Hamsterei, Schiebertum und Schwarzhandel waren die Folge. Der „Dritte Mann“ hielt diesen Eindruck für das Nachkriegswien mit bleibenden Bildern fest.

Insgesamt war die wirtschaftliche Zerrüttung im Nachkriegs-Europa und vor allem in Deutschland größer als man angenommen oder befürchtet hatte. Die seitens der Siegermächte mit den Pariser Vororte-Verträgen begangenen Fehler waren noch präsent, und man war sich bewusst, dass dergleichen nicht wiederholt werden durfte. Die Angst vor einer neuerlichen Weltwirtschaftskrise war demnach nicht unbegründet.

In den USA selbst bestand auch die Notwendigkeit, die boomende Kriegswirtschaft auf friedenswirtschaftliche Verhältnisse umzustellen. Als einzige der kriegsteilnehmenden Länder war die Volkswirtschaft der USA nicht nur schadlos aus dem Zweiten Weltkriegs hervor gegangen, sondern hatte sogar noch an Stärke und Dynamik gewonnen. Die Kriegsjahre waren die wachstumsstärkste Periode der gesamten amerikanischen Geschichte.

Akut war die Nahrungsmittel-Unterversorgung das Hauptproblem Europas. *William Clayton berichtete über die Situation nach Washington, dass Millionen Menschen am Verhungern waren (zudem: Erfrierungstote nach kalten Wintern der Jahre 1946 und*

1947; Kohlemangel).

In diesem humanitären Aspekt der notwendigen Hilfeleistung gründet eine wesentliche Motivation der USA für das Zustandekommen des Marshall-Plans. Doch das war sicher nicht das einzige Argument.

Die Voraussetzungen des Marshall-Plans sind ebenso komplex und vielschichtig wie seine globalen Auswirkungen.

Der Marshall-Plan war ein gezieltes, höchst effizientes Mehrzweckinstrument, das mit der Wiederherstellung der Europäischen Wirtschaft eine Reihe von wirtschaftspolitischen und politischen Zielen verband. Der Marshallplan war jedenfalls mehr als eine ökonomische Solidaritätsleistung der USA für Europa. Gemessen am Ertrag war die Marshallplanhilfe auf beiden Seiten die ertragsstärkste Investition, die jemals ein Staat in die Zukunft anderer Staaten – und zum eigenen Nutzen – getätigt hat.

Die Wurzeln des Kalten Krieges

Nach der Niederringung Nazideutschlands und des imperialistischen Japans brachen zwischen den Alliierten zunehmend Gegensätze auf. Gleichzeitig wurde das gegenseitige Misstrauen immer größer. Fehleinschätzungen und Übertreibungen taten das ihre, um die trennenden Gräben zu vertiefen.

Die Sowjetunion hatte nach all den leidvollen Erfahrungen ihrer Geschichte – von den napoleonischen Kriegen über den Ersten Weltkrieg bis hin zu dem so außerordentlich opferreichen Zweiten Weltkrieg – ein durchaus verständliches, aber zugleich auch überzogenes Sicherheits-Bedürfnis. Das neue eben erworbene Atombombenmonopol der USA verstärkte diese Befindlichkeit. Ungebrochen waren die russischen Expansionsbestrebungen, vor allem in Richtung Persischer Golf (d. h. Iran), zu den Meeresengen in Richtungen Mittelmeer und anderer Zielvorstellungen wie Libyen. Die ideologische Stärke des Sowjetimperiums gründete im unumstößlichen Glauben an den Zusammenbruch des Kapitalismus und an den schließlichen Sieg des Kommunismus.

Amerikanische Europa-Politik (politische Grundlagen des Marshall-Plans)

Auch in der Haltung der USA gab es, vor allem gegenüber der Sowjetunion, durchaus übertriebene Befürchtungen, die vom Beginn des Kalten Krieges geschürt und innenpolitisch genährt wurden. So setzten sich die USA das erklärte Ziel, das Expansionsstreben der Sowjetunion einzudämmen. Die USA befürchtete – an einigen Beispielen lässt sich zeigen, dass das nicht zu Unrecht geschah – dass das geschwächte, ins Chaos sinkende Europa eine leichte Beute für das Sowjetimperium werden könnte. Das Erstarken der kommunistischen Fraktionen in Frankreich und in Italien lieferten scheinbar gefährliche Anzeichen dafür.

In dieser mit der Truman-Doktrin begründeten Eindämmungs- bzw. Containment-Politik dem Kommunismus gegenüber gründet die politische Motivation des Marshall-Plans. Die Marshallplanhilfe war der starke ökonomische Arm der sicherheitspolitisch ausgerichteten Truman-Doktrin. Mit dem ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas hofften die USA, den kommunistischen Ideologien und konkreten Expansions-Bestrebungen des Sowjetimperiums den Boden zu entziehen.

Eine frühe Warnung, dass der Marshall-Plan durch wirtschaftliches West-Ost-Gefälle langfristig zu einer Zweiteilung der Welt führen könne, kam von George Kennan: Sein langes Telegramm vom 22. Februar 1946 (Kennan als amerikanischer Botschafter in Moskau) stellt die Zielrichtung der Sowjetpolitik dar: Dort, wo die Rote Armee stehe, werde auch das sowjetische System eingeführt. Den Rest von Westeuropa werde der Kreml nicht mit Waffengewalt unterwerfen und erobern, sondern unter Ausnutzung der verheerenden Nachkriegsnot unterwandern, gestützt auf die lokalen kommunistischen Parteien, und ihn so auf seine Seite zu ziehen suchen. Diese Erkenntnisse flossen in die Formulierung der Truman-Doktrin ein. Die Differenzen zwischen West und Ost wurden im Lauf des Kalten Krieges noch vertieft, gewannen an Bedeutung.

Nach eigener Aussage von Kennan war dies nicht von Anfang an intendiert: Marshall-Plan als ökonomisches Instrument der Containment-Politik der US-Regierung und als Machtfaktor im Kalten Krieg. (Bedauern Kennans über die Spaltung Europas: Rede anlässlich des 40jährigen Marshall-Plan-Jubiläums in Deutschland)

Immerhin: die mehr oder weniger überzeichnete Bedrohung durch Kommunismus riss die USA 1947 aus der populären Apathie gegenüber globalen Problemen und aus der Neigung zum Isolationismus. Dieses Argument spielte eine große Rolle bei der Durchsetzung des Marshall-Plans im Kongress.

Es musste ein Weg gefunden werden, um für die von der Regierungsspitze als notwendig erkannten europäischen Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen die Zustimmung der von den Republikanern dominierten beiden Häusern des US-Kongresses zu gewinnen. Diese waren zunächst nicht bereit, die erforderlichen Anleihen zu gewähren, um Überbrückungs- und Anschubfinanzierungen möglich zu machen. Wohl aber konnte man mit antikommunistischer Rhetorik und eindämmungsorientierten Vorschlägen, die ihre Wurzeln im Riga-Axiom in den frühen zwanziger Jahren hatten, Zustimmung erlangen.

Dies war auch der wesentliche Inhalt der berühmt gewordenen Rede Präsident Trumans vor den beiden Häusern des Kongresses am 12.3.1947, in welcher er die später so benannte Truman-Doktrin verkündete. Zunächst wurde die akute Zielsetzung verfolgt, die Türkei und Griechenland vor sowjetischer Expansion zu schützen, weil die Briten dazu nicht mehr in der Lage waren, *wie der britische Außenminister Ernest Bevin am 21.2.1947 bekundete.*

Die Kernaussage der Truman-Doktrin war, dass die USA alle „freien Völker“ im Kampf gegen totalitäre Regierungsformen unterstützen werde:
„Die Politik der Vereinigten Staaten muss darin bestehen, freien Völkern zu helfen, die

dem Versuch widerstehen, von bewaffneten Minderheiten oder durch Druck von außen unterworfen zu werden.“

Im Sinne einer Eindämmungspolitik ging die Truman Doktrin inhaltlich weit über die Anlassfälle Griechenland und Türkei hinaus, wobei selbst diese, wie manche schon damals meinten, in der Einschätzung der Gefahr überzogen war. Diese Politik des „Containment“ sollte sich bis zu Ende des Kalten Krieges durchziehen, wie dies etwa auch Präsident Reagan mit der Bezeichnung „Empire of Evil“ zum Ausdruck brachte.

Allerdings kann aber auch nicht bestritten werden, dass es genug Anhaltspunkte für die Richtigkeit derartiger Einschätzungen gegeben hat: Dafür steht der Eiserner Vorhang mit seinen Wachtürmen und Minengürteln, die Volksdemokratisierung der ost-mitteleuropäischen Länder oder die Berliner Mauer. Beispiele dafür sind die Berlin- und Kuba Krise Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, weiters der Korea Krieg, bis hin zum Einmarsch der Sowjettruppen in Afghanistan 1979.

Truman-Doktrin und Marshall-Plan bildeten nicht zuletzt das Fundament für eine dauerhafte amerikanisch-europäische Partnerschaft. Heute ist diese transatlantische Achse durch den zunehmenden Unilateralismus der USA jedoch angeknackst.

Ideologische Motivation für Marshall-Plan auf amerikanischer Seite: Hinzu kommt auch: generelle Neigung der USA zur ideologischen Missionierung. Die ganze Welt sollte an den Segnungen des „american way of life“ teilhaben dürfen. Beginnt mit der Nachkriegszeit.

Der Wohlstand als Effekt des Marshall-Plans schuf gerade im geteilten Berlin ein attraktives „Schaufenster der Freiheit“, durch das der Ostblock neidisch blicken konnten. Die Hoffnung auf die ansteckende Wirkung dieses Eindrucks ist ja schließlich auch in Erfüllung gegangen.

Ökonomische Motivation der USA für Marshall-Plan: Interesse der amerikanischen Wirtschaft an Freihandelsregionen, um sich durch eine open-door-Politik weltweit Absatzmärkte zu sichern. Finanzreserven Europas waren nach dem Krieg aufgebraucht, daher Entschluss der USA, strategisch in den europäischen Absatzmarkt zu investieren.

Gemeinsam mit ideologischem Sendungsbewusstsein hinsichtlich Life-Style und der begleitenden Propaganda des Marshall-Plans begann somit die Amerikanisierung der „alten Welt“ bzw. der gesamten Weltgemeinschaft: heutig schwindende Welt-Dominanz der USA.

Die Deutsche Frage (zur Info)

Das bekundete Interesse der Alliierten: Deutschland darf nicht mehr so stark werden, um noch einmal versuchen zu können, Europa zu unterwerfen oder hegemonial zu dominieren. Diesbezügliche Vorschläge reichten vom Morgenthau-Plan bis zur Weigerung Frankreichs, einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zuzulassen. Re-Agrarisierung-Projekte, Demontage der deutschen Industrie-Anlagen (bis 1950 auch tatsächlich betrieben, parallel zum Wiederaufbau) etc.

Dagegen stand die Erkenntnis, dass die wirtschaftliche Stärke Gesamteuropas ganz wesentlich von der deutschen Industriebasis anhängig ist. (Deutsche Wirtschaft war schon vor Kriegsbeginn das Kernstück des europäischen Industriestaatensystems).

Ein Erfolg versprechendes Gesamtkonzept konnte daher nur darauf abzielen, das Deutschlandproblem in einem Sinne zu regeln, der durch konstruktive Einbeziehung des deutschen Wirtschaftspotenzials einen gesamteuropäischen Wiederaufbau fördert und die gleichzeitige politisch-ökonomische Stabilisierung des Westens garantiert.

September 1946 Byrnes, Stuttgarter Rede: Frieden Europas ist ohne Einfügung Deutschlands in ein demokratisches Staatensystem und ohne wirtschaftliche Gesundung des europäischen Kernlandes nicht möglich.

Österreich als Teil der Deutschen Frage:

Aus Sicht der Sowjets mit Staatsvertrag und Neutralitätsverpflichtung von dieser entkoppelt. Eine realpolitische Anbindung an das geeinte Europa war jedoch erst nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums möglich und ist 1995 mit dem EU-Beitritt Österreichs erfolgt.

Der Marshall-Plan

Vorläufer der Harvard-Rede und weitere Beiträge zur Formulierung des Marshall-Plans:

6. September 1946, Rede James F. Byrnes (U.S. Secretary of State) im Opernhaus Stuttgart über „Restatement of Policy on Germany“

John Foster Dulles war der Vater der Idee, die zerstörten Volkswirtschaften von Frankreich und Deutschland produktiver miteinander zu verbinden als dies deutsche Industriedemontagen und Rohstoffentzug etc. vorgesehen hatten. In einer Rede am 17. Jänner 1947 in New York entwarf er erstmals die Deutsche Wirtschaftszukunft in einer strikten Abhängigkeit von einer gesamteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Berichte Herbert Hoovers über Europa an Präsident Harry S. Truman, sowie Verfassung des „Report on Germany“ 1947 durch den Industriellen Lewis H. Brown (im Auftrag von General Lucius D. Clay)

8. Mai 1947, Rede von Dean Acheson (Undersecretary of State, später Außenminister) in der Lehrerbildungsanstalt Cleveland / Mississippi. Macht Stimmung für das ERP-Programm:

„Ein Hilfsprogramm ist vonnöten, wenn wir unsere eigene Freiheit und unsere demokratischen Institutionen erhalten wollen. Es ist für unsere nationale Sicherheit nötig. Und es ist unsere Pflicht wie unser Vorrecht als Menschen.“

The wise men. Six friends and the world they made. Politische Biographie und Wirkungsgeschichte von George Kennan, Dean Acheson, Robert Lovett, John McCloy, Averell Harriman und Charles Bohlen.

Im Mai 1947 arbeitet George F. Kennan im Auftrag Marshalls die Grundzüge des Plans aus.

Marshall zu seinem Planungsstab: „Avoid trivia!“ (Vermeiden Sie Nebensächlichkeiten)

Marshall selbst erzeugt in Washington politischen Druck mit kernigen Formulierungen:

„Wenn wir nicht aufpassen, geht Europa vor die Hunde.“

„Der Patient Europa liegt im Sterben, während die Ärzte noch immer beraten.“

Initialzündung:

US-Außenminister Marshall bekundet in seiner Harvard-Rede am 5. Juni 1947 die Bereitschaft der USA, aktiv am Wiederaufbau Europas mitzuwirken, stellt jedoch unmissverständlich klar, dass die Initiative aus Europa selbst kommen müsse.

Tragendes Element in Marshalls Gedankengebäude: Ein Konzept von Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Harvard-Rede beinhaltet auch das Credo für das System einer freien, liberal orientierten Marktwirtschaft. Grundlegende Überzeugung, dass es ohne gesunde wirtschaftliche Basis keine politische Stabilität und sicheren Frieden geben könne. Marshall: *„Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft, damit die Entstehung politischer und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können.“*

Auch eine erste warnende Botschaft an die Sowjetunion war bereits enthalten: „Doch Regierungen, welche den Wiederaufbau anderer Länder verhindern, können nicht mit unserer Hilfe rechnen.“

Marshalls Rede war vor allem an Europa gerichtet.

„Es wäre [für Amerika] weder passend noch wirksam, einseitig ein Programm zu entwickeln, das Europa wirtschaftlich wieder auf die Beine stellt. Die Initiative, so denke ich, muss aus Europa kommen. Die Rolle unseres Landes sollte darin bestehen, so weit Hilfe beim Entwurf eines Europäischen Programms zu leisten, als wir dies in der Praxis tun können.“

Diese Zielrichtung wurde entsprechend auch medial instrumentiert: Ihr Gesamttext wurde durch die BBC verbreitet, während man amerikanische Medien bewusst außen vor ließ.

Rede fand in den USA daher (wie geplant) geringen Widerhall, in Europa dagegen schlug sie unmittelbar den zündenden Funken.

Außenminister Englands Ernest Bevin kontaktiert nach BBC-Übertragung der Rede sofort seinen französischen Kollegen Georges Bidault, um eine Antwort Europas vorzubereiten. 16 Europäische Staaten (spätere Teilnehmer) versammeln sich in Paris.

Ursprünglich richtete sich das Angebot der USA dezidiert an alle kriegsteilnehmenden Staaten, einschließlich der Sowjetunion. Anfängliche Hoffnung Marshalls, es lasse sich ein Weg finden, um die Kriegsallianz mit den Sowjets in eine fruchtbare Zusammenarbeit für ein friedliches Europa umzuwandeln, endeten mit seinem persönlichen Zusammentreffen mit Molotow. Unter seinem Vorgänger Byrnes waren im Oktober 1945 die Friedensverträge mit den „Achsenpartnern“ Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland zustande gekommen. Seitdem hatte sich der Graben zwischen Ost und West jedoch immer weiter vertieft.

Truman selbst hatte keine Illusionen über eine zukunftssträchtige Fortsetzung dieser Kriegsallianz. Mit der sowjetischen Ablehnung des Marshallplans ging schließlich von Stettin bis zur Adria quer durch Europa der Eisernen Vorhang nieder, wie dies Churchill bereits 1945 voraus geahnt hatte (und für die Abschottungspolitik der Sowjetunion den Begriff des Eisernen Vorhanges prägte).

Inwieweit man in den USA bereits davon ausgegangen ist, dass die Sowjets in ihrem gesamten Einflussbereich eine Teilnahme am Wiederaufbauprogramm unter amerikanischen Bedingungen ablehnen würden, sei dahingestellt.

Der Marshall-Plan ist jedenfalls nicht die Ursache der Teilung Europas, aber er trug zur Vertiefung der Spaltung bei.

Sowjet-Außenminister Molotow in Paris Ende Juni / Anfang Juli 1947: Durch kategorische Ablehnung Fronten klar gezogen:

Mit der Implementierung des Marshall-Plans 1948 beginnt die heiße Phase des Kalten Krieges und die einundvierzigjährige Teilung Europas. Die letzten Zweifel der USA über die Absichten der Sowjetunion waren dann mit dem Prager Staatsstreich vom 22. Februar 1948 endgültig beseitigt.

Am 3. April 1948 unterzeichnet Präsident Truman die gesetzliche Grundlage des Marshall-Plans.

Bis zum Auslaufen der Marshall-Plan-Hilfe flossen 12,4 Milliarden Dollar (nach heutigem Geldwert ca. 100 Milliarden US-Dollar) von den USA nach Westeuropa.

1953 erhält George C. Marshall (US-Außenminister von 1947 bis 1949) den Friedensnobelpreis – bislang der einzige Militär, dem eine solche Auszeichnung zuteil wurde.

Wirtschaftstheoretische Beurteilung des Marshall-Plan

Die heutige Meinung der Wirtschaftshistoriker besagt: Der Marshall-Plan war nicht der unmittelbare Auslöser für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft, hat ihn jedoch enorm beschleunigt. Er war zwar die Initialzündung zum deutschen und europäischen Wirtschaftswunder aber keineswegs seine singuläre Ursache.

In seinem wichtigen Werk über die österreichische Nachkriegswirtschaft lieferte Hans Seidel mit einem Rechenexempel hierzu eine Illustration. Er stellte den im ersten Nachkriegs-Jahrzehnt empfangenen Auslandshilfen in der Höhe von 1,9 Mrd. Dollar (einen beträchtlichen Teil davon aus den Mitteln des Marshall-Plans) eine Summe gegenüber, die er als „Quasi-Reparationen“ Österreichs vor allem an die Sowjetunion (Rückkäufe der USIA-Betriebe und des Erdölkomplexes, Verluste aus Demontagen, Besatzungskosten etc.) bezeichnete. Mit einer Höhe von 1,8 Mrd. Dollar ergibt sich nur ein marginaler Überschuss zugunsten von Hilfsleistungen, die allerdings unentbehrlich waren.

Nicht zu vergessen ist auch: Seine Wirkung konnte der Marshallplan auch nur so eindrucksvoll entfalten, weil er in Europa auf institutionelle, bürokratische und justizielle Grundlagen aufbauen konnte. Es bedurfte vor allem dieser punktuellen Antriebskraft, die der Marshall-Plan im rechten Moment gewährte. Es war das rechte Mittel zur rechten Zeit, und daher ist der Marshallplan auch kaum übertragbar oder jedenfalls im Konkreten kein Vorbild zur unmittelbaren Nachahmung.

Der Marshall-Plan ist sicherlich kein allgültiges Mantra, welches die globalen wirtschaftlichen Probleme durch abziehbildhafte Wiederholung in den Griff bekommen könnte. So kann auch der Aufruf Al Gores an die Weltgemeinschaft zur wirtschaftlichen Hilfestellung für die Dritte Welt unter dem Titel eines „globalen Marshallplans“ nur symbolisch gemeint sein. Auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Rufe nach einem neuen Marshall-Plan laut und wären vielleicht an diesem Punkt der Geschichte noch am sinnvollsten gewesen. Doch gerade hier hätte sich gezeigt, dass ein solcher Plan nach europäischem Modell zum scheitern verurteilt gewesen wäre, denn beim ehemaligen Sowjetblock ging es nicht darum, ein funktionsfähiges System wieder in Gang zu setzen, sondern einen vollständigen Systemwechsel zu bewerkstelligen.

Insgesamt war der Marshall-Plan unbestritten ein durchschlagender Erfolg. Er initiierte einen wirtschaftlichen Aufschwung, der bis zum deutschen und österreichischen Wirtschaftswunder, in ganz Europa zu einem Golden Age bzw. den „trentes glorieux“ geführt hat. Freilich haben auch andere Faktoren, auch so wenig erfreuliche wie die Ausstattung des Korea-Krieges, zum dynamischen Wachstum der Weltwirtschaft in den angesprochenen Jahrzehnten beigetragen.

Neben all seinen ökonomischen und politischen Implikationen ist auch die psychologische Wirkung des Marshall-Plans für die Not leidende europäische Bevölkerung nicht zu übersehen. Diese Hilfestellung erzeugte in Europa Hoffnung,

eine beispiellose Aufbruchstimmung und ein neues Selbstbewusstsein, ohne das viele spätere Erfolge kaum möglich gewesen wären.

Heute wünscht man sich eine solch optimistische, dynamische und zukunftsorientierte Grundstimmung für den weiteren Kurs Europas und für die zahlreichen Herausforderungen, die sich uns heute und morgen immer drängender stellen.

Marshall-Plan in Österreich

1955 wurde Österreich mit dem Staatsvertrag in die Souveränität entlassen. *Der* österreichische Staatsvertrags-Experte Gerald Stourzh arbeitete u. a. die Rolle des Staatsvertrages in Hinblick auf die Deutsche Frage auf. Auf dem Schachbrett der im geteilten Europa waltenden Mächte war Österreich nicht viel mehr als ein Bauer. Aus der Perspektive der großen Spieler hat man Österreich – wie schon nach dem Ersten Weltkrieg – stets als ein Teil der „Deutschen Frage“ gesehen. Mit dem Ende des Kalten Krieges sowie mit der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands war diese Sichtweise ebenso obsolet wie durch den Eintritt Österreichs in die Europäische Union im Jahre 1995.

Die erfolgte Ostöffnung der EU nach dem Zerschneiden des Eisernen Vorhanges hat der geographischen Logik im Donaauraum schließlich wieder zu ihrem Recht verholfen. Wie kein anderes Mitglied der EU hat die österreichische Wirtschaft hiervon profitieren können. Eine Zukunftsperspektive unter den Vorzeichen von europäischer Integration und dem unaufhaltsam fortschreitenden Prozess der Globalisierung macht jedoch deutlich, dass hier noch viel mehr Leistungen notwendig sein werden.

An wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen fehlt es in Österreich ebenso wenig wie in Europa, es mangelt auch nicht an Humanressourcen. Es liegt daher nur an uns selbst – und einzelnen Personen, an Visionären und kreativen Vordenkern – einen wichtigen Beitrag zu einer sinnvollen Zukunftsgestaltung in einem großen europäischen Denkmodell, aber auch in einem globalen Zusammenhang zu leisten. Dies setzt Leistungsbereitschaft und Engagement, den Abschied von nationalstaatlichen Souveränitätsillusionen und kurzsichtiger Kleinstaaterei voraus, erfordert aber vor allem Mut zu zukunftsgestaltender Politik.

Gerade unter diesen Einflüssen ist es wertvoll, den Marshall-Plan der Nachkriegszeit als Idee und Vorbild in Erinnerung zu rufen. Von der nachhaltigen Sichtweise und dem konsequenten Engagement können die Vordenker Europas und die Politiker der Welt nur lernen.

Es war George Marshall, der sagte: „Kämpfen Sie nicht gegen die Probleme, meine Herren! Lösen Sie sie!“

Grundlage und Antrieb der europäischen Integration

Marshall-Plan-Hilfe war von Anbeginn an die Bedingung geknüpft, dass die Teilnehmer am ERP auch untereinander wirtschaftlich wie politisch enger zusammenarbeiten. Der Grundstein zur Europäischen Integration war gelegt, der Abbau der europäischen Handelsschranken begonnen. So beinhaltet die Umsetzung des Marshallplans auch ein gemeinschaftliches Liberalisierungsprogramm für europäische Wirtschaft.

Der Marshall-Plan schuf einen internationalen Kooperationsrahmen, der die Grundlage für die (West-)Europäische Integration bildete:
Gründung der OEEC (Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit) – Vorgängerorganisation der OECD. Erster Generalsekretär der OEEC wurde 1948 der Franzose Robert Marjolin.

Auch wenn die OEEC nie mehr war als eine wirtschaftliche Kooperationsgemeinschaft und die Europäische Union als politisches Gebilde vor allem aus der „Montan-Union“ hervorging, so war sie in Vielem doch Versuchslabor und Trainingsplatz für eine Administration europäischer Zusammenarbeit.

Die Notwendigkeit der tieferen und stärkeren Inner-Europäischen Integration stand 1947 und 1957 manchen schon klarer vor Augen als den politischen Handelnden in Europa heute. In einem Zeitungskommentar anlässlich der Ratifizierung der römischen Verträge schrieb die „New York Times“ am 26. März 1957: „Hinter dieser Entwicklung steht ein beständig wachsender Wunsch nach der Vereinigung Europas als der einzigen Möglichkeit, dem Kontinent jene Machtposition wiederzugeben, die es ihm ermöglicht, in Freiheit zu überleben. All diese Vorhaben sind geboren aus der Erkenntnis, dass die europäischen Nationalstaaten historische Anachronismen geworden sind, die nicht länger in der Lage sind, für sich allein zu stehen. Daher müssen sie sich vereinen – oder untergehen.“

Trotz aller Schwächen und Unzulänglichkeiten, die wir heute an der Europäischen Union zu bemängeln haben, ist die EU seit 50 Jahren als ökonomische Vereinigung, vor allem aber auch als Friedensprojekt ein gewaltiger Erfolg. Mit dem Mittel der Integration schuf die EU eine Staatengemeinschaft, die friedlich und wirtschaft höchst effizient zusammen wirken. Ein solcher freiwilliger Zusammenschluss von souveränen, einst über Jahrhunderte verfeindeten Nationen mit all ihren Unterschieden und ihrer bunten Vielfalt ist in der Geschichte ohne Beispiel. In vielem ist diese EU daher auch Vorgriff und Modell indem sie erfolgreich vorführt, wie Staaten unter den Prämissen einer liberalen Ordnung und eines pluralistischen Systems effektiv zusammen arbeiten können.

In einer Mitte April vor dem Nobel-Institut in Oslo gehaltenen Rede stellte Bundespräsident Heinz Fischer das europäische Friedensmodell einer Weltgemeinschaft vor Augen, welches als Vorbild für eine wünschenswerte künftig multipolare Weltordnung durchaus Vorbildqualitäten haben kann. Auch er sieht die EU als das erfolgreichste Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts. In einem Plädoyer gegen Rüstungswahn und Dialogverweigerung forderte Heinz Fischer ein Umdenken im Sinne einer Friedensidee. Die europäische Staatengemeinschaft kann – neben allen so bedeutenden Welt-Institutionen wie den Vereinten Nationen – für eine solche Zusammenarbeit von Volkswirtschaften über weite Räume aber auf gleicher Augenhöhe hinweg mit gutem Beispiel voran gehen. Denn was in einer Gemeinschaft der EU 27 funktioniert, könnte auch in viel größeren Zusammenhängen, im Idealfall der „einen Welt“, zu bewerkstelligen sein.

Angesichts dieser Friedensidee und dem doch etwas kontrastierenden Verhalten der heutigen US-Regierung lohnt es sich, im Buch der amerikanischen Geschichte zu

blättern. 1759 prägte Benjamin Franklin den nachhaltig gültigen Ausspruch: „Jene, die bereit sind, eine essentielle Freiheit zugunsten einer kleinen, kurzzeitig erkauften Sicherheit aufzugeben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“

Es gibt also viele gute Gründe, um das Projekt Europäische Integration voranzutreiben, auch wenn es diesem grundsätzlich funktionierenden Motor aktuell etwas an Schwungkraft mangelt.

Die Welt braucht – und das ist meine Überzeugung als Europäer aber auch als Weltbürger – nicht weniger sondern sie braucht mehr Europa. Eine resignative Rückentwicklung zu einer Freihandelszone wäre jedenfalls der falsche Weg. Der Pfad in die Zukunft muss die EU in Richtung politischer Einheit und mehr Kohärenz lenken. Die derzeit da und dort schwelenden Re-Nationalisierungstendenzen müssen daher rasch überwunden und umgekehrt werden.

Zwar hat man den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge bei der Berliner Regierungskonferenz der EU am 25. März gebührend gewürdigt und zu diesem Anlass eine Erklärung verabschiedet, die jedoch nicht dazu angetan war, innerhalb der Europäischen Union so etwas wie eine Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Wenn sich gerade eben die politische Führung der G8 in Heiligendamm zusammen findet, so ist zum einen anzumerken, dass diese erlesene Runde ohnehin zu eng besetzt ist, um die relevanten Kräfte unserer globalen Gemeinschaft repräsentieren zu können. Länder wie China und Indien, aber auch Brasilien und andere sollten auch mit am Tisch sitzen. Alleine die Zusammensetzung aber viel mehr noch die populistische Gegnerschaft lässt wenig Hoffnung aufkommen, dass in diesem Gremium die wirklichen Weltprobleme einer befriedigenden Lösung zugeführt werden. Diese globalen Probleme übersteigen jedenfalls bei weitem die Möglichkeiten eines einzigen Staates – und sei es auch der größte und mächtigste. Sie erfordern die friedliche und dialog-orientierte Kooperation einer Weltgemeinschaft.

Galt es jahrelang zu verhindern, dass der Kalte Krieg zur nuklearen Katastrophe mit apokalyptischen Folgen eskaliert, so blieben die Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, bis zum friedlichen Ende des Kalten Krieges zwar wenig beachtet. Heute wird man sich zunehmend ihres Bedrohungspotenzials bewusst.

Der Marshall-Plan zündete in der europäischen Industrie die Herde wieder an, brachte die rauchenden Schlote als Hoffnungs-Signal zurück. Rauch über Fabrikschlotten ist heute zum Horrorbild der Umweltbedrohung geworden. Man sieht sie glücklicherweise kaum noch, aber Abgase speiende Auspuffrohre und vielfältige andere Quellen von Umweltverschmutzung sind die Gefahren unserer Zukunft und die Herausforderungen der Gegenwart.

Auch bei den Umweltbedrohungen werden die globalen Ungleichgewichte deutlich, denn die weltweiten CO₂-Emissionen lassen sich etwa mit der Formel 20 : 10 : 4 : 1 darstellen: 20 Tonnen für jeden US-Bürger, 10 pro Europäer, 4 für jeden Chinesen und 1 Tonne für jeden Afrikaner.

Das angesprochene Ungleichgewicht spiegelt sich nahezu in allen Themen der Versorgung und Umweltbelastung wider. Einem 18%-Anteil an übergewichtigen Menschen in den reichen Industrieländern stehen heute immer noch 18% der Weltbevölkerung gegenüber, die an den Folgen von Hunger und Unterernährung zu leiden haben. Die ungerechten Gewichtungen werden beim Rohstoff-Verbrauch deutlich, bei den divergierenden Konsumationen von Erdöl und Erdgas, zunehmend aber auch im Verbrauch des lebenswichtigen Wassers.

Die fragwürdige Verteilungsgerechtigkeit steht jedoch bei weitem hinter dem Hauptproblem der Verknappung zurück. Die globalen Gewinnungsmöglichkeiten an fossilen Brennstoffen sind ebenso begrenzt wie die Biokapazitäten weltweit Grenzwerte erreichen oder bereits überschritten haben. Das herkömmliche Wirtschafts- und Wohlstandsmodell, welche sich in den Industriestaaten etabliert hatte, stößt an seine Grenzen. Es ist zu energie- und rohstoff-intensiv, um auch in Zukunft eine explosionsartig wachsende Erdbevölkerung mit Lebensgrundlagen und Wohlstand versorgen zu können.

Die globale Herausforderung besteht daher in der Schaffung eines neuen und anderen Wachstumsmodells. Dazu bedarf es innovativer Kräfte, um andere Energieformen zu finden, um höhere Energie-Effizienz zu erzielen, um die Rohstoffnutzung ressourcenschonend zu optimieren, um für Transport und Verkehr intelligente Antriebsformen zu entwickeln. Dazu gilt es auch, auf marktwirtschaftlicher Seite durch Internalisierung externer Kosten eine echte Kostenwahrheit herzustellen (konkretes Beispiel!!)

Eine gewalttätige Globalisierungs-Gegnerschaft ist bei der Lösung dieser zweifelsohne bedrohlichen Umweltthemen ebenso wenig hilfreich wie ein zielloser Öko-Populismus, der zuweilen sogar zum Öko-Terror wird.

Der erlebte Umgang Österreichs mit Umweltthemen steht mit Beispielen wie Raab und Temelin jedoch auch keineswegs auf einem Ruhmesblatt. Mit ehrlichem Bedenken registriert man auch, dass die Österreicher sich heute nur allzu oft als Europa-Muffel gerieren statt am festeren Zusammenhalt der Union aktiv mitzuwirken. Umso erfreulicher ist es, dass es Vereinigungen wie die Gesellschaft für Europapolitik gibt. Ihr Engagement und ihre wertvollen Beiträge zu Europa-Themen sind bewundernswert, erfreulich und vorbildhaft.

Die großen Geschichtsepochen, in denen die imperialen Herrschaften Europas im Mittelpunkt standen, sind mit dem 19. Jahrhundert (Eric Hobsbawm nannte sie „Age of Empire“) und erst recht mit dem Zerfall der großen Kolonialreiche zu Ende gegangen. Auch die bipolare Weltordnung unter dem Schreckensszenario des Kalten Krieges, welche die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte, liegt hinter uns. Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Frage einer neuen Weltordnung. Mit seinem in den nächsten Tagen erscheinenden Buch unter dem Titel „Globalisation, Democracy and Terrorism“ versucht Eric Hobsbawm in der Analyse der globalen Situation eine Antwort zu finden: „Unter den gegebenen Umständen gibt es keine aussichten auf eine Rückkehr zu der imperialen Welt der Vergangenheit, vor allem keine in Form

einer langfristigen globalen Imperial-Hegemonie. Eine solche Herrschaft eines einzelnen Staates, wie groß auch seine Militärmacht sein mag, hat es auch in der Geschichte niemals gegeben. Gerade die letzten fünf Jahre zeigten überdeutlich, dass die von den USA angestrebte unipolare Welt-Hegemonie kläglich zum Scheitern verurteilt ist. Das „Age of Empires“ ist endgültig vorbei. Und so liegt es an uns, am Beginn des 21. Jahrhunderts neue Modelle der globalen Gemeinschaft zu finden. Bislang ist dies nicht gelungen.“

Die geschilderten globalen Problemstellungen sind ebenso wie die notwendige Intensivierung der Europäischen Integration zentrale Themen der EU-Regierungskonferenz am 21. und 22. Juni in Brüssel. Sie wird zu einem Lakmus-Test für die künftige Entwicklung der Europäischen Union werden, und es wird sich zeigen, ob wir uns als Europäer dem zündenden Funken des Marshall-Plans auch in Zukunft als würdig erweisen und Europa in einer multipolaren Weltgemeinschaft als starker und kompetenter Partner agieren wird können.

Das sollte das Ziel sein. Und wenn die Beschäftigung mit den historischen Rahmenbedingungen des Marshall-Plans eines lehrt, so ist das die Achtung vor visionären politischen Persönlichkeiten und das von Marshall selbst so eindrucksvoll vertretene Prinzip, dass sich ein Weg schon finden lässt, wenn nur das Ziel klar vor Augen steht.

Zusammenfassung

EUROPA CLUB WIEN

„Marshall-Plan und Europäische Einigung“

4. Juni 2007

Das große Publikumsinteresse an dem Europa Club Wien am 4. Juni 2007 war voraus zu sehen und hat sich auch als durchaus gerechtfertigt erwiesen. Denn das Thema war in gewissem Sinne Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umspannend:

„Marshall-Plan und Europäische Einigung“

Garant für eine in jede Richtung überzeugende Darstellung der Thematik war Vizekanzler a. D. Dr. Hannes Androsch.

Nach der traditionellen Begrüßung durch Dr. Wolfgang Schmidinger namens der Bank Austria Creditanstalt als Gastgeber, leitete Prof. Herbert Krejci, Ehrenpräsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, in seiner sehr persönlichen, eloquenten Art das Thema mit einem kurzen historischen Rückblick ein, verbunden mit einem Hinweis auf die entscheidende Rolle Dr. Androschs im politischen und wirtschaftlichen Leben der Republik.

Die wichtigsten Punkte des Vortrages von Dr. Androsch können wie folgt zusammengefasst werden:

- Aufrichtige Dankbarkeit an die USA, ihre BürgerInnen als SteuerzahlerInnen für all das, was uns das Projekt Marshall-Plan bzw. das European Recovery Program gebracht und ermöglicht haben.
- Diese historische Entscheidung muss in einem globalen Umfeld gesehen werden. So war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet durch den dominierenden und polarisierenden Konflikt des Kalten Krieges. Die Auseinandersetzung mit diesem komplexen Phänomen ist noch nicht abgeschlossen.
Bei allem Verständnis für verschiedene Betrachtungsweisen der Entwicklungen muss im Rückblick kritisch festgestellt werden, dass die

Fixierung auf den Kalten Krieg und eine bipolare Weltordnung eine jahrzehntelange Paralyse bedeutet hat. Wichtig gewordene Themen und globale Bedrohungen wurden auf diese Weise unterschätzt oder übersehen.

- Es ist wichtig, sich des 5. Juni 1947 zu entsinnen, an dem der US-Außenminister General George C. Marshall in seiner berühmten gewordenen Rede an der Harvard-Universität die Initialzündung für den Wiederaufbau Europas auslöste. Die Marshall-Plan-Hilfe erwies sich als ein wichtiger Impuls, um die Nachkriegswirtschaft wieder anzukurbeln und damit auf lange Sicht Wohlstand zu schaffen. „Europa hatte zwar den Motor, aber es fehlte vorerst an Sprit. Den ersten Treibstoff, um den Motor wieder in Gang zu bringen, haben uns in schweren Zeiten die Vereinigten Staaten geliefert.“ (Androsch)
- Diese historischen Entscheidungen werden begleitet durch die deutsch-französische Aussöhnung, die ebenso wie der Marshall-Plan nicht nur, aber auch eine Immunisierung gegen den Kommunismus in den westeuropäischen Ländern auf die Beine bringen sollte.
- Mit dem Marshall-Plan wurde auch ein ebenso bedeutsamer wie zukunftssträchtiger Anstoß für die europäische Integration gegeben. Immer wieder gelang es Dr. Androsch, die europäische Entwicklung historisch und grenzüberschreitend in einen größeren Zusammenhang zu stellen und in ihren verschiedenen Dimensionen auszuleuchten.
- In welcher Lage befand sich nun Europa bzw. die Welt und damit die USA und Europa nach Kriegsende 1945?
Der weltweite Blutzoll des Zweiten Weltkrieges allein betrug fast 55 Mio. Menschenleben, davon entfielen auf die Sowjetunion über 20 Mio. Nach allen Opfern, Leiden und Zerstörungen lag Europa in Trümmern, seine Wirtschaft war vollkommen zerrüttet. Der Sommer 1946 brachte darüber hinaus eine äußerst schlechte Ernte, der Winter 1946/47 war extrem kalt. Dem Mangel an Nahrungsmitteln und Heizmaterial wurde versucht, durch Plünderungen, Hamsterei, Schiebertum und Schwarzhandel zu begegnen. Ein Klassiker der Filmgeschichte, „Der Dritte Mann“, hielt diesen Eindruck aus der Nachkriegszeit in unvergessenen Bildern fest.
- Der Marshall-Plan war trotz aller humanitären Motivationen mehr als eine ökonomische Solidaritätsleistung der USA für Europa. Der Plan erwies sich als ein höchst effizientes Mehrzweckinstrument, das mit der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft eine Reihe von wirtschaftspolitischen und politischen Zielen verband.

- Folgerichtig beschäftigte sich Dr. Androsch näher mit den Wurzeln des Kalten Krieges und den daraus ableitbaren ideologischen Grundlagen des Marshall-Plans. In gewisser Hinsicht war er der ökonomische Arm der sicherheitspolitisch ausgerichteten Truman-Doktrin.

Diese Eindämmungspolitik dem Kommunismus gegenüber wurzelte u. a. im „langeb Telegramm“ vom 22. Februar 1946, verfasst vom damaligen amerikanischen Botschafter in Moskau, George Kennan: „Wo die Rote Armee steht, wird auch das sowjetische System eingeführt, den Rest von Westeuropa wird der Kreml nicht mit Waffengewalt unterwerfen und erobern, sondern unter Ausnützung der verheerenden Nachkriegsnot unterwandern, gestützt auf die lokalen kommunistischen Parteien.“ Die Erkenntnisse des amerikanischen Spitzendiplomaten haben die Weltpolitik verändert
- Die Bedrohung durch den Kommunismus riss die USA 1947 aus der populären Apathie gegenüber globalen Problemen und aus der Neigung zum Isolationismus. In einer leicht übertriebenen Darstellung mit antikommunistischer Rhetorik eröffnete sie jedoch die Möglichkeit, die kostenintensive Marshall-Plan-Hilfe im amerikanischen Kongress durchzusetzen.

Marshall-Plan und Truman-Doktrin bildeten das Fundament der lange währenden amerikanisch-europäischen Partnerschaft.
- Das Angebot der USA richtete sich dezidiert an alle kriegsteilnehmenden Staaten, einschließlich der Sowjetunion. Mit der sowjetischen Ablehnung des Planes ging schließlich von Stettin bis zur Adria, quer durch Europa, der Eisernen Vorhang nieder. Mit der Umsetzung des Marshall-Plans 1948 beginnt die heiße Phase des Kalten Krieges und die 41-jährige Teilung Europas.

Der Marshall-Plan war zwar nicht die wesentliche Ursache der Teilung Europas, aber er trug sicherlich zur Vertiefung der Spaltung bei.
- Der Wohlstand als Effekt des Marshall-Plans schuf gerade im geteilten Berlin ein attraktives „Schaufenster der Freiheit“. Die Hoffnung auf die ansteckende Wirkung dieses Eindrucks ist schließlich auch in Erfüllung gegangen.

An dieser Stelle erinnerte Dr. Androsch – in einem kurzen Kommentar zur „Deutschen Frage“ – an die Stuttgarter Rede Außenminister James F. Byrnes vom September 1946: „Der Frieden Europas ist ohne Einfügung Deutschlands in ein demokratisches Staatensystem und ohne wirtschaftliche Gesundung des europäischen Kernlandes nicht möglich“.
- Hervorzuheben ist neben den ökonomischen und politischen Implikationen die psychologische Wirkung des Marshall-Plans auf die

europäische Bevölkerung. Diese transatlantische Hilfestellung erzeugte Hoffnung, eine beispiellose Aufbruchstimmung und ein neues Selbstbewusstsein, ohne die viele spätere Erfolge kaum möglich gewesen wären.

- Aus der Sicht der Sowjetunion wurde durch Staatsvertrag und Neutralitätsverpflichtung das Schicksal Österreichs von der Deutschen Frage entkoppelt. Realpolitisch wurde es Österreich dadurch jedoch erst 1995 möglich, an der Europäischen Integration teilzunehmen. In besonders hohem Maße profitierte es in weiterer Folge von EU-Mitgliedschaft und EU-Osterweiterung.
- Zur wirtschaftstheoretischen Beurteilung des Marshall-Plans verwies Dr. Androsch auf das Werk von Hans Seidel über die österreichische Nachkriegswirtschaft. Seidel stellte den im ersten Nachkriegs-Jahrzehnt empfangenen Auslandshilfen in der Höhe von 1,9 Mrd. Dollar (mit einem beträchtlichen Teil davon aus den Mitteln des Marshall-Plans) eine Summe in der Höhe von 1,8 Mrd. Dollar gegenüber, die er als „Quasi-Reparationen“ Österreichs, vor allem an die Sowjetunion, bezeichnete.

Im letzten Teil seiner Ausführungen setzte sich Dr. Androsch in sehr überzeugender Weise mit den Fragen der Grundlage und des Antriebs der europäischen Integration auseinander.

Wie ermutigend nimmt sich hier ein Kommentar der „New York Times“ am 26. März 1957 anlässlich der Ratifizierung der Römischen Verträge aus: „Hinter dieser Entwicklung steht ein beständig wachsender Wunsch nach der Vereinigung Europas als der einzigen Möglichkeit, dem Kontinent jene Machtposition wiederzugeben, die es ihm ermöglicht, in Freiheit zu überleben. All diese Vorhaben sind geboren aus der Erkenntnis, dass die europäischen Nationalstaaten historische Anachronismen geworden sind, die nicht länger in der Lage sind, für sich allein zu stehen. Daher müssen sie sich vereinen – oder untergehen.“

Tatsächlich konnte Dr. Androsch mit Befriedigung feststellen, dass die Europäische Union, trotz aller Schwächen und Unzulänglichkeiten, vor allem auch als Friedensprojekt ein gewaltiger Erfolg ist. In vielem ist die EU daher auch Vorgriff und Modell, indem sie erfolgreich vorführt, wie Staaten unter den Prämissen einer liberalen Ordnung und eines pluralistischen Systems effektiv zusammenarbeiten können. Die Europäische Union erwies sich als das erfolgreichste Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts.

Gerade deshalb argumentierte Dr. Androsch dafür, dass die Welt heute mehr statt weniger Europa brauche. Dazu ist jedoch seitens der EU mehr politische Einheit und stärkere interne Kohärenz nötig.

Angesichts dieser Friedensidee und des, wie Dr. Androsch formulierte, „etwas kontrastierenden“ Verhaltens der heutigen US-Regierung lohnt es sich, den nachhaltig gültigen Ausspruch Benjamin Franklins aus dem Jahr 1759 zu zitieren: „Jene, die bereit sind, eine essentielle Freiheit zu Gunsten einer kleinen, kurzzeitig erkaufte Sicherheit aufzugeben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“

Mit dem englischen Historiker Eric Hobsbawm verweist Dr. Androsch auf die brennende Frage nach einer neuen Weltordnung: „Das „Age of Empires“ ist endgültig vorbei. Und nun liegt es an uns, am Beginn des 21. Jahrhunderts neue Modelle der globalen Gemeinschaft zu finden. Bislang ist dies nicht gelungen.“

Besonders auf ökonomischem Gebiet sind angesichts der globalen Ungleichgewichte und der steigenden Umweltbedrohungen dringende Veränderungen nötig. Das Wachstumsmodell, wie es die entwickelten Industriestaaten besonders nach dem Ende des zweiten Weltkrieges praktiziert und vorgemacht haben, ist zu energie- und rohstoff-intensiv. Besonders durch die Nachahmungsversuche der bevölkerungsreichen, boomenden asiatischen Volkswirtschaften stößt es heute bereits an die Grenzen globaler Biokapazitäten und Versorgungsmöglichkeiten.

Mit einem Hinweis auf diese großen Probleme, denen sich die internationale Staatengemeinschaft derzeit gegenüber sieht und mit denen sich sowohl die bevorstehende Konferenz der G8 vom 6. bis 9. Juni 2007 ebenso wie die Europäische Union im besonderen auf der Tagung des Europäischen Rates unter deutscher Präsidentschaft Ende Juni auseinanderzusetzen haben, rundete Dr. Androsch seine Darlegungen ab, nicht ohne auch das Problem einer neuen „Verfassung für die Europäische Union“ oder besser: einen neuen „Vertrag für Europa“ zu streifen.

In der anschließenden Debatte wurden verschiedene Aspekte der österreichischen Nachkriegsgeschichte kommentiert und die Frage gestellt, ob es möglich bzw. zielführend gewesen wäre, eine Art Marshall-Plan auch für die neuen EU-Mitgliedstaaten ins Leben zu rufen. Wenn Dr. Androsch auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gerne durch eine ähnliche Konstruktion ersetzt gesehen hätte, so zeigte sich gleichzeitig, dass der Marshall-Plan für das Europa nach 1945 auf ganz anderen Voraussetzungen aufbaute und seine Anwendung daher nicht auf alle Teile der Welt Erfolg versprechend übertragen werden könne.

Die Debatte zeigte freilich auch, dass sich in der Einstellung der USA gegenüber dem europäischen Integrationsgeschehen eine Änderung in Richtung größerer Zurückhaltung gegenüber den Bemühungen des Kontinents ergeben hat. Dies beweisen etwa auch die seinerzeit nachdrücklich geäußerten Zweifel führender amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker an dem Erfolg des Euro, der, wie heute allgemein anerkannt, zum größten Integrationspolitischen Instrument der Europäischen Union gehört.

Der Vortrag Dr. Androschs enthielt eine der ausführlichsten Analysen eines Themas, das, von der Vergangenheit kommend, in mancher Hinsicht auch für die Zukunft relevant erscheint. Für das Publikum besonders erfreulich war die Fülle des Wissens und der persönlichen Erfahrungen, aus denen Dr. Androsch

schöpfen konnte und die die Zuhörerschaft offensichtlich tief beeindruckten. Mit besonderer Genugtuung erfüllte die anwesenden Mitarbeiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik die anerkennenden Worte, die Dr. Androsch für die Bemühungen der Gesellschaft und des Europa Club Wien fand, den Europagedanken in vielfältiger Weise in die österreichische Öffentlichkeit zu tragen.

Der Abend mit Dr. Androsch, von BM a.D. Dr. Peter Jankowitsch als Moderator in kompetenter Weise betreut, fand die ungeteilte Aufmerksamkeit aller Anwesenden und wurde mit herzlichem Beifall für den Vortragenden beschlossen.

*Botschafter i.R. Dr. Wolfgang Wolte
Vorstandsmitglied
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik*